

Nach dem G-7-Treffen

Iran in der Defensivposition

Gastkommentar

von HOMAYOUN ALIZADEH

Das G-7-Treffen in Biarritz scheint auf den ersten Blick so etwas wie ein Wendepunkt zur Beendigung der Pattsituation im Zusammenhang mit dem Atomabkommen von 2015 zu sein. Die Tatsache, dass dem iranischen Aussenminister Jawad Zarif die Möglichkeit eingeräumt wurde, sich beim Gipfeltreffen der Gruppe der sieben mit dem französischen Präsidenten Macron, dem französischen Aussenminister Le Drian sowie britischen und deutschen Diplomaten zu treffen, wurde von einigen Beobachtern als positiv bewertet. Auch die Aussage des Präsidenten Macron, dass er die Voraussetzungen für ein Treffen zwischen dem iranischen Präsidenten Rohani und Präsident Trump als gegeben ansehe, und die Erklärung Trumps, dass er unter Umständen bereit sei, sich mit dem Präsidenten Rohani zu treffen, wurden von manchen Beobachtern als starke Spannungssignale aus Biarritz empfunden. Die Bekräftigung von Präsident Trump, dass die USA anstatt «regime change» einen starken Iran brauchen, um Geschäfte mit dem Land zu betreiben, könnte von einigen Staaten im Nahen Osten und nicht zuletzt von manchen in Europa und den USA lebenden Iranern, die sich den Sturz des Regimes wünschen, jedoch mit Argwohn aufgenommen worden sein.

Soweit aus den Gesprächen bekannt ist, sollte Iran erlaubt werden, 700 000 Fass Rohöl pro Tag (später 1,5 Millionen Fass pro Tag) gegen eine Reihe von Verpflichtungen einzukaufen. Diese bestehen darin, an dem bestehenden Atomabkommen festzuhalten, Massnahmen zu treffen, um die Spannungen am Persischen Golf abzubauen, seine Rolle als Regionalmacht im Nahen Osten, insbesondere in Syrien, Jemen und Libanon, neu zu definieren und bereit zu sein, konstruktive Gespräche über sein Raketenprogramm zu führen. Schliesslich sollte festgesetzt werden, was nach 2025 geschehen soll, wenn das derzeitige Atomabkommen ausläuft.

Geht man von der gegenwärtigen Aussenpolitik der USA aus, braucht Präsident Trump dringend einen Erfolg vor allem vor der US-Präsidentenwahl im nächsten Jahr, zumal seine sechs in Angriff genommenen aussenpolitischen Massnahmen bis dato ohne Erfolg blieben. Die Ver-

sprechen, die US-Truppen aus Afghanistan abzuziehen, den Regimewechsel in Venezuela zügig herbeizuführen und mithilfe zweier Treffen mit dem Staatschef Kim Jong Un Nordkorea davon abzuhalten, sein Raketenprogramm weiterzuführen, wurden bis heute nicht eingelöst. Der Handelskrieg mit China dauert noch an, der versprochene Friedensplan, den lang andauernden Konflikt zwischen Israel und Palästinensern zu beenden und nicht zuletzt durch Sanktionen gegen Iran einen Regimewechsel in Teheran herbeizuführen, konnte bis dato von den USA als Zielsetzung ihrer Aussenpolitik nicht erfüllt werden. Dennoch scheint die von Präsident Trump in Aussicht gestellte Möglichkeit, sich unter bestimmten Umständen in naher Zukunft mit Präsident Rohani zu treffen, ein weiterer Versuch des US-Präsidenten, einen aussenpolitischen Erfolg zu verbuchen.

Auch Iran braucht einen Erfolg in seiner Aussenpolitik, zumal sich das Land seit Jahren in der internationalen Isolation befindet und die iranische Bevölkerung durch US-Sanktionen am schwersten betroffen ist. Der von Grossbritannien, Frankreich und Deutschland errichtete Transaktionskanal (Instex), um den Handel mit Iran weiterführen zu können und somit die US-Sanktionen zu umgehen, brachte bis heute keine konkreten Resultate. Gegenwärtig kann Iran lediglich 100 000 Fass Rohöl pro Tag ins Ausland exportieren und leidet deshalb unter einem enormen Budgetdefizit. Dies wiederum schmälert die Möglichkeit Irans, seine Milizen im Irak, in Syrien und Jemen und den Hizbullah in Libanon weiter wie bisher finanziell zu unterstützen, um seiner Rolle als Regionalmacht gerecht zu werden.

Die Tatsache, dass die Militärstellungen bzw. die Munition und die Waffenarsenale der Revolutionswächter in Syrien von der israelischen Luftwaffe zum grössten Teil zunichtegemacht worden sind und somit Iran mit dergleichen Verlusten einen hohen Preis hinnehmen musste, ist ein eindeutiges Anzeichen dafür, dass das Land sich gegenwärtig in einer defensiven Position befindet und nicht mehr wie vorher in der Lage ist, seine bisherige Politik in der Region zu verwirklichen. All dies könnte erklären, warum Jawad Zarif vom Revolutionsführer Ali Khamenei die Erlaubnis bekam, der Einladung des Präsidenten Macron nach Biarritz

Folge zu leisten, um das weitere Vorgehen hinsichtlich einer eventuellen Direktverhandlung mit den USA zu besprechen.

Die iranische Staatsführung, insbesondere der Revolutionsführer Ali Khamenei und andere Hardliner innerhalb der Revolutionswächter, befindet sich in einem grossen Dilemma: Wenn Iran aus der gegenwärtigen Position mit den USA verhandeln sollte, bedeutet dies im Klartext: die US-Ordnungsmacht im Nahen Osten zu akzeptieren und den Staat Israel zu dulden sowie sich politisch und militärisch aus dem Irak, Syrien, Jemen und Libanon zurückzuziehen. Dies wiederum stünde im krassen Widerspruch zu der jahrelangen Politik der Islamischen Republik – insbesondere gegenüber der eigenen Bevölkerung –, die die USA als den grossen Satan bezeichnete, die Zerstörung des Staats Israel propagierte und sich durch ihre Präsenz in den oben erwähnten Ländern als eine ernstzunehmende Regionalmacht darstellte. Hinzu kommt noch der Umstand, dass die heutige Staatsführung Irans von einer schiitischen und fundamentalistischen Ideologie geleitet wird, die jegliche Konsensfindung mit ihren «Feinden» ablehnt und sich rühmt, im Falle einer politischen und physischen Niederlage als «Grossmartyrer» in die islamische Geschichte einzugehen.

Doch so wünschenswert die Erklärungen von Präsident Macron und Trump in Biarritz auch sein mögen, so unrealistisch scheint es auch, dass die gegenwärtige Staatsführung in Iran bereit wäre, direkte Verhandlungen mit den USA aufzunehmen, zumal Präsident Rohani nach dem G-7-Treffen konstatierte, dass Trump vor einem Treffen die Sanktionen gegen Iran aufheben solle, dann könne man «über weitere positive Entwicklungen reden». Nach dem Treffen mit Aussenminister Zarif in Biarritz haben hundert Abgeordnete einen offenen Brief an Präsident Rohani geschrieben und ihn vor einer Direktverhandlung mit den USA gewarnt. Trotzdem bleibt abzuwarten, wie weit sich die vom G-7-Gipfel ausgehenden Hoffnungen auf ein baldiges Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump in der Realität umsetzen lassen werden.

Homayoun Alizadeh war im Innenministerium in Wien im Flüchtlingsbereich und für das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte in Afrika, Asien und Genf tätig.

Zürcher Freisinn

Auf liberalem Kurs

Gastkommentar

von HANS-JAKOB BOESCH

In der NZZ vom 23. August war zu lesen, die FDP Kanton Zürich sei ratlos, zerstritten, ohne Antworten auf die aktuellen Herausforderungen und müsse eine neue Rolle finden. Diese Behauptungen werden im Folgenden widerlegt.

Bekanntlich zeigt sich die wahre Stärke erst nach einer Niederlage: Mit dem Verlust von zwei Kantonsratssitzen und einem Sitz in der Regierung sind die kantonalen Wahlen für die FDP Kanton Zürich nicht wie erwünscht verlaufen. Dem Selbstverständnis und Kampfgeist der Zürcher Freisinnigen tat dies keinen Abbruch.

Dies zeigt sich nicht nur an der weiterhin sehr guten Stimmung an unseren Veranstaltungen und den hochmotivierten und bestens auf den Wahlkampf vorbereiteten Orts- und Bezirksparteien. Es zeigt sich auch darin, dass die liberale Ausrichtung der Zürcher FDP unumstritten von den Mitgliedern, Gremien sowie Exponenten mitgetragen wird und mit dem liberalen Umwelt- und Klimapositionspapier der FDP Schweiz – mitten im kantonalen Wahlkampf – noch komplettiert wurde.

Im Zentrum unseres politischen Engagements steht unverändert die grösstmögliche Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger, so dass diese so leben können, wie sie es persönlich für richtig halten. Anders als die Linken und die Rechtskonservativen wollen wir Freisinnige nicht die anderen zu ihrem Glück zwingen, sondern allen ermöglichen, auf ihre eigene Art glücklich zu werden. Folgerichtig schafft und pflegt freisinnige Politik die Rahmenbedingungen für individuelle Entfaltung, angefangen beim Rechtsstaat und bei der öffentlichen Sicherheit über das Verkehrsnetz und die Bildungsinfrastruktur bis hin zum Gesundheitssystem und zu den Sozialwerken zum Schutz der sozial Schwächeren.

Gerade weil sich unsere Politik nicht an einem ganz bestimmten Lebensentwurf für alle orientiert, sondern an der individuellen Freiheit und Selbstbestimmung, sprechen wir Bürgerinnen

Anders als die Linken und die Rechtskonservativen wollen wir Freisinnige nicht die anderen zu ihrem Glück zwingen.

und Bürger verschiedener Schichten sowie aus den Städten, der Agglomeration und vom Land an – die kommunalen Wahlen von 2018 haben dies vor Augen geführt.

Und auch thematisch ist die FDP Kanton Zürich keine Monokultur, sondern wir nehmen für uns in Anspruch, diejenigen Herausforderungen anzupacken, die aktuell anstehen. Sei dies die Stärkung des Wirtschaftsstandorts, die Reform der Altersvorsorge oder die Bewältigung des Klimawandels. Denn nur mit dieser thematischen Breite und Offenheit ist es möglich, die anstehenden Herausforderungen anzugehen und so letztlich die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu wahren.

In der Tagespolitik widerspiegelte sich diese strategische Ausrichtung des Freisinns: So setzen wir uns aktuell für mehr familienergänzende Betreuungsangebote und Tagesschulen ebenso ein wie für die kantonale Steuervorlage zur Sicherung unserer Arbeitsplätze. Und der Schutz unserer schönen Landschaften steht für uns nicht im Widerspruch zum Bau von mehr Wohnungen für Familien, sondern beides lässt sich mit konsequenter Raumplanung und einem liberaleren Planungs- und Baugesetz erreichen.

Um unserer liberalen Politik zum Durchbruch zu verhelfen, versuchen wir mit den anderen Parteien mehrheitsfähige Kompromisse zu erarbeiten. Damit war die FDP Kanton Zürich in der letzten Legislatur sehr erfolgreich, konnte sie doch rund 95 Prozent aller Kantonsratsgeschäfte in ihrem Sinne verabschieden.

Obwohl die Mehrheitsverhältnisse geändert haben, gibt es für uns keinen Grund, davon abzuweichen, da wir nur so die Zukunft des Kantons Zürich mitgestalten können. Allerdings ist dies kein Selbstzweck: Wir bieten auch weiterhin nicht Hand für «Lösungen», die die Bürgerinnen und Bürger bevormunden. Notfalls ergreifen wir auch das Referendum, wie wir dies jüngst beim Taxigesetz getan haben. Wir Freisinnige werden uns immer für liberale Lösungen einsetzen.

Hans-Jakob Boesch ist Präsident der FDP Kanton Zürich.

Schule im digitalen Zeitalter

Neue Medien als Chance für einen zeitgemässen Schulunterricht

Gastkommentar

von STEFAN HOFER-KRUCKER VALDERRAMA und RÉMY KAUFFMANN

In seinem Kommentar «Die Visionen der «Bildungsrevolutionäre» sind intellektuell unbedarft» (NZZ 27.8.19) blickt Konrad Paul Liessmann mit einiger Skepsis auf Reformprozesse, die derzeit als Folge der Digitalisierung an den Schulen umgesetzt werden. Selber seit Jahren im Lehrberuf tätig und an Schulreformen, die uns nicht immer zielführend erscheinen, gewöhnt, sind wir grundsätzlich dankbar für diese kritischen Worte. Liessmann schießt aber über das Ziel hinaus, wenn er im Zusammenhang mit dem Einbezug der neuen Medien in den Unterricht von einer «Verachtung des Wissens» und von der «Infantilisierung» der Schülerinnen und Schüler spricht.

Schule ist Teil der heutigen Realität, soll deshalb unter den gleichen Bedingungen stattfinden wie diese, das heisst mit den gleichen Mitteln und Medien, und den Kindern und Jugendlichen derart das Rüstzeug mitgeben, um in der Welt bestehen zu können. Verändert sich diese Welt, so muss sich entsprechend auch die Schule verändern. Das heisst nicht, dass alles Aufgebaute verworfen werden muss. Auch im digitalen Zeitalter sind Phasen, die in packender Weise frontal gestaltet sind, sinnvoll. Wissen und schulischer Wissensaufbau sind nicht obsolet, im Gegenteil. Mit den Worten der Kognitionspsychologin Elsbeth Stern: «Wissen schlägt Intelligenz.» Auf die Digitalisierung der Gesellschaft bezogen: Es braucht Wissen darüber, wie das Internet und wie die sozialen Netzwerke funktionieren, wie eine Suchmaschine arbeitet, was mit «KI» genau gemeint ist oder wie Fake-News generiert werden und welche gesellschaftlichen Folgen damit verbunden sind. – Ein kritischer Blick ist gerade heute und gerade hinsicht-

lich der technologischen Entwicklung besonders wichtig. Die neuen Medien sollten daher in der Schule ganz selbstverständlicher Lerngegenstand sein. Tatsächlich wird dies seit der Einführung des Lehrplans 21 an der Volksschule auch umgesetzt: Das neue Fach «Medien und Informatik» und das Lehrmittel «connected», das begleitend eingesetzt wird, unterstützen Kinder ab der fünften Klasse darin, einen differenzierten und kritischen Um-

Aufgabe der Schule ist es, junge Menschen auf das Leben vorzubereiten. Hierbei ist es heute unabdingbar, den Schülern einen kritisch-versierten Umgang mit neuen Medien zu vermitteln.

gang mit digitalen Medien zu entwickeln. Dies ist nicht zuletzt angesichts der Tatsache zentral, dass Jugendliche in der Schweiz heute im Schnitt vier Stunden online sind. Der profunde Wissensaufbau in diesem Bereich wirkt damit nicht zuletzt auch als Prävention gegen mögliches Suchtverhalten und schützt davor, Opfer von Mobbing oder anderer Verbrechen zu werden.

Neue Medien sind aber nicht nur als Gegenstand der intellektuellen Auseinandersetzung in

der Schule unabdingbar; sie leisten auch wertvolle Dienste, um Lernprozesse zu begleiten und zu befördern – vor allem auch dann, wenn Lernen als dialogischer Prozess verstanden wird, im Sinne eines intensiven Austauschs zwischen der Lehrperson und den Lernenden, aber auch unter den Lernenden selber. Hier bieten die neuen Medien vielfältige Möglichkeiten, die Schülerinnen und Schüler aktiv einzubinden und sie aus ihrer Rolle als passive Rezipierende zu befreien. Sie erhalten mehr Wahlfreiheiten und mehr Mitbestimmungsrecht, verfolgen (auch) persönliche Lernziele und sind wesentlich (mit-)verantwortlich für den eigenen Wissens- und Kompetenzaufbau. Und sie sind nicht zuletzt gefordert, sich mit eigenen Ressourcen und eigenen Produkten in den Unterricht einzubringen. Es entstehen auf diese Weise Podcast-Beiträge über ein historisches Thema, Reportagen zu einer aktuellen Abstimmungsfrage, Infografiken zu einem biologischen Sachverhalt oder Bildstreifen zu einem literarischen Text.

Der Einbezug von «avancierten technischen und didaktischen Möglichkeiten», der Liessmann vorschwebt, ist heute an der Schule also tatsächlich unabdingbar. Und hierzu gehören nicht zuletzt die digitalen Medien, die wir dann tatsächlich als Chance für die Schule verstehen, wenn die Lehrperson das schulische Lernen dialogisch, interaktiv und produktorientiert organisiert. Denn in einem solchen Rahmen wirken die neuen Medien lernförderlich und spielen damit ihr grosses Potenzial aus.

Stefan Hofer-Krucker Valderrama lehrt an der Kantonschule Enge in Zürich und ist Fachdidaktiker an der Universität Zürich; Rémy Kauffmann lehrt an der Kantonschule Baden und beschäftigt sich seit Jahren vertieft mit dem Einsatz von digitalen Medien im Unterricht.